



Aus der Grußadresse, die Rektor, Universitäts-Parteileitung, Universitäts-Gewerkschaftsleitung und FDJ-Kreisleitung anlässlich des 44. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an den sowjetischen Generalkonsul in Leipzig sandten:

Als Ausdruck konsequenter Friedenspolitik der Sowjetunion betrachten die Angehörigen der Karl-Marx-Universität das jüngst stattgefundene Manöver „Oktobersturm“, an dem die Sowjetarmee gemeinsam mit der NVA der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Bruderarmeen teilnahm. „Oktobersturm“ bewies, daß die Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder darauf gerichtet ist, eine Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit in Europa herbeizuführen und den aggressiven westdeutschen Imperialismus in die Schranken zu verweisen.

Sinnfälliger Ausdruck unverbrüchlicher Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion war der Besuch unserer Partei- und Regierungsdelegation vor wenigen Wochen, in dessen Ergebnis wichtige Vereinbarungen über die weitere fruchtbarere Zusammenarbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens getroffen wurden, die auch für die Wissenschaft in beiden Ländern weitreichende Bedeutung haben.

## Dr. Norbert Rossow, Sekretär der Grundorganisation Veterinärmedizin

Die Grundorganisation der Veterinärmedizinischen Fakultät ist heute im Referat des Genossen Böhmke im Gegensatz zu früheren Parteifunktionärsgruppen besser weggekommen. Es gibt in der Tat Ansätze einer Verbesserung der Arbeit. Dennoch sind wir uns völlig darüber im klaren, daß die geforderte Wende in der politisch-ideologischen Massenarbeit noch nicht vollzogen ist. In der vergangenen Zeit mußte die Grundorganisation mehrfach wegen ihres Zurückbleibens hinter den Aufgaben, welche die Partei gestellt hat, kritisiert werden. Dieses Zurückbleiben führte teilweise sogar bis zur Preisgabe der führenden Rolle der Partei in einigen Bereichen. Schon seit der Neuwahl im April dieses Jahres versuchten wir aus der Lage herauszukommen. Zweifellos wurden auch Erfolge erzielt, z. B. hinsichtlich der Erarbeitung eines klaren Programms der Leitung. Wir kamen stärker mit dem Lehrkörper unserer Fakultät ins politische Gespräch, und wir bemühten uns auch erfolgreich um eine höhere Qualität der Mitgliederversammlungen. Jedoch blieben diese Anstrengungen in ihrer massenpolitischen Wirksamkeit noch zu schwach, weil wir uns in der ersten Periode unserer Arbeit zu wenig auf die Erzielung jedes einzelnen Genossen zum parteimäßigen Handeln und Auftreten konzentriert haben.

Wir waren uns klar darüber, daß die Rückstände in der massenpolitischen Arbeit nur durch die Hebung der führenden Rolle der Partei aufgehoben werden. Es ergab sich in unserer Grundorganisation ein Widerspruch der Art, daß die Leitung zwar in der Lage war, Probleme auszuarbeiten und zu erläutern, die Genossen selbst aber verhielten sich in der Mehrzahl passiv. Der eigentliche Umbruch wurde nicht erreicht. Eigentlich war es erst die Kritik der Universitäts-Parteileitung auf der Sekretärsanweisung an unserer Arbeit, die wir in der Vorbereitungs- und Durchführung des Wahlsatzes leisteten, die uns mit der Nase auf unsere Schwächen stieß.

Wir haben uns diese Kritik sehr zu Herzen genommen. Wir begannen zunächst in der Leitung die Auseinandersetzung darüber. Die kritische Einschätzung der Arbeit in der Parteileitung hat uns geholfen voranzukommen. Zunächst gab es die An-

## Wie wir die Auseinandersetzung organisierten

foermal — nicht bis zu Ende durchgeführt. Ein Genosse unserer Leitung sagte deshalb sehr treffend in der letzten Leitungssitzung, daß es einige Genossen bei uns gäbe, die mit dem Titel „Parteimitglied“ von vornherein als politisch aktive Genossen gelten, sich im Grunde genommen aber hinter dieser Funktion verstecken und gar nichts tun.

Der zweite Schritt, den wir gegangen sind, um die Lage zu verändern, bestand darin, diese kritische Atmosphäre in die Parteigruppen hineinzutragen. Mangelhafte Teilnahme am Parteileben, Versäumnisse bei der Erreichung des Parteibeitrages, mangelhafte Aktivität einiger Genossen während der Volkswahl, mangelnde fachliche Leistungen, schlechte Prüfungsergebnisse, schlechte Studiensziplin bei Genossen waren uns Anlaß, in allen Parteigruppen Grundfragen des Situations und der Parteiarbeit sowie der parteimäßigen Haltung der Genossen zur Diskussion zu stellen.

Offensichtlich wurde, daß wir den sogenannten „kleinen Aufgaben“ in der Arbeit der Parteigruppen in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet haben und sie wenig zur Parteierziehung herangezogen. Auf diesem Gebiet haben wir deshalb eine entscheidende Wende eingeleitet. Es ging um das parteimäßige Verhalten des Genossen in allen Situationen des Lebens, um das Tragen des Parteibeitrages, um das Verhalten des Genossen beim Studium, zu Hause, im privaten Leben. Es ging immer darum, wie der einzelne Genosse die führende Rolle der Partei durch sein persönliches Vorbild verkörpert. Diese Diskussion hat uns geholfen, das Parteileben in den Gruppen wieder zu aktivieren. Wir haben auch festgestellt müssen, daß besonders bei den jüngeren Genossen eine große Unsicherheit in solchen Fragen besteht und daß sie vielfach keine Antwort auf Probleme wissen, die uns als älteren Genossen eigentlich schon selbstverständlich geworden sind. Den Genossen wurden einfache, zeitlich überschaubare und leicht kontrollierbare Aufgaben gestellt, an deren Erfüllung ihre Aktivität gemessen wurde. Einen besonderen Schwerpunkt in unserer Grundorganisation bildete

bei diesen Auseinandersetzungen die Parteigruppe des 4. Studienjahres. Von den 15 Genossen dieser Gruppe wählten 14 in Sonderwahllokalen, nur ein einziger kam seinen Verpflichtungen ordnungsgemäß nach.

Die Parteigruppe ging also voran, als es im Studienjahr hieß „Wir fahren nach Hause, wir bleiben nicht in Leipzig zur Wahl“. Bei der Aussprache in der Parteigruppe, vor der Parteileitung und zuletzt in der Mitgliederversammlung brachten die Genossen zunächst persönliche und fachliche Gründe für ihr Verhalten vor. Erst langsam begriffen sie, in welcher kläglichen Position sie durch ihr liberales und versöhnlerisches Verhalten geraten waren. Die Mitgliederversammlung setzte sich sehr kritisch mit dieser Parteigruppe auseinander. Wir verbanden die Diskussion gleichzeitig mit den zur Zeit aktuellen Problemen der Jugendarbeit, der ideologischen Aufweichung und der verdeckten Kriegführung und wiesen nach, daß dort, wo eine Parteigruppe die Rolle der Partei faktisch zu liquidieren beginnt, dem Feind für die ideologische Aufweichung Tür und Tor geöffnet sind. Ich glaube, daß wir durch diese prinzipielle Fragestellung von unseren Genossen verstanden wurden. Das zeigte jedenfalls die sehr kritische und kämpferische Atmosphäre in dieser Mitgliederversammlung, wie es sie lange nicht mehr bei uns gegeben hat.

Gestattet eine kurze Bemerkung zur Kandidatengewinnung: Auf der letzten Mitgliederversammlung haben wir erstmalig wieder nach längerer Zeit einen Kandidaten aufnehmen können. Das hat unser Selbstvertrauen etwas gehoben. Aber wir sind natürlich mit diesem Ergebnis lange nicht zufrieden. Aber interessant war, die Ansicht einiger Genossen zu hören, als wir fragten: Wie sieht es aus mit der Kandidatengewinnung? Es wurde uns meist geantwortet: Dazu braucht man Zeit, das läßt sich nicht über das Knie brechen. Ein Genosse des 3. Studienjahres meinte sogar, dazu müsse man in Stimmung sein, Kandidatengespräche könne man nicht jeden Tag führen. Sollten die knapp 180 Genossen unserer Grundorganisation wirklich so lange Zeit nicht in Stim-

mung gewesen sein? Nicht die vielen Vorbehalte, mit denen eine Reihe parteiloser Studenten und Wissenschaftler auf unsere Gespräche reagierte, sind die Ursachen dieser Stagnation. Die Ursache ist letzten Endes die Tatsache, daß viele unserer Genossen keine parteimäßige Position bezogen haben und nicht Vorbild waren. Wir sind davon überzeugt, daß wir, wenn wir den jetzt eingeschlagenen Weg erfolgreich weitergeben, die richtige Atmosphäre und Stimmung für die Aufnahme von Kandidaten schaffen werden.

Wir haben eine weitere Methode der Arbeit eingelegt, die uns helfen wird, die Lage in der Grundorganisation zu verändern. Wir haben begonnen, die positiven Erfahrungen erfolgreicher Parteiarbeit in unserer eigenen Grundorganisation viel stärker zu nutzen. Das heutige 6. Studienjahr begann mit 16 Genossen das Studium. Jetzt gehören dort 30 Studenten unserer Partei an. Damit hat diese Parteigruppe allen anderen Parteigruppen einen Maßstab gegeben, während des Studiums die Zahl der Genossen zu verdoppeln. Wie die Parteigruppe das erreicht hat, welche Mittel und Methoden sie angewandt, welche Probleme es zu meistern galt, darüber sprachen in der letzten Mitgliederversammlung die Genossen dieser Parteigruppe in einem besonderen Referat. Diese Ausführungen, weil sie aus der Sicht der Parteiarbeit eines Studenten vorgetragen wurden, erhielten starken Beifall und fanden große Beachtung bei unseren Genossen.

Wenn wir von einer gewissen Verbesserung der Lage in der Grundorganisation sprechen können, so haben wir keine Illusion darüber, daß die politisch-ideologische Massenarbeit an unserer Fakultät zur Zeit noch nicht befriedigend ist. Zum Beispiel zeigte sich, daß noch nicht alle Studenten die politischen Aspekte unseres Kampfes gegen den Mißbrauch der Jugend durch die „Segnungen“ der westlichen Kultur, gegen rowdyhaftes Benehmen und Dämmererwachen sehen. In den demnächst stattfindenden FDJ-Versammlungen werden deshalb Fragen der bewußten Haltung jedes Studenten zu unserem Staat im Vordergrund der politischen Diskussionen zu stehen haben.

## Dr. Kurt Schneider, Mitglied der Universitäts-Parteileitung

Im Referat der Universitäts-Parteileitung wurde auf einige Probleme aufmerksam gemacht, die im Zusammenhang mit der Aufführung des Stückes „Die Zeugen oder unsere kleine Stabilität“ durch die Studentendebatte sichtbar wurden.

Ich möchte hier nicht näher auf das Stück eingehen, sondern nur sagen, daß es sehr allgemein ist, d. h. es kennzeichnet nicht den Gegner, nicht die Gesellschaftsordnung, in der es angesiedelt ist, und überläßt diese entscheidende Frage dem Zuschauer. Die Diskussion, die sich der Aufführung des Stückes anschloß, war von Studenten der Karl-Marx-Universität und der Theaterhochschule Leipzig sowie einigen Wissenschaftlern besucht.

Während im Verlaufe der Diskussion die Frage „Muß man die Verhaltensweise der Personen, die im Stück dargestellt werden, verurteilen?“ sehr schnell geklärt war, kam es zu einer sehr ausgeprägten Debatte über die politische Stabilität der Studentendebatte. Die Mitglieder der Studentendebatte legten dar, daß sie das Stück gegen die politischen und sozialen Verhältnisse des Kapitalismus gerichtet verstanden wissen wollen. Diese Position wurde auch von einer Reihe unserer Genossen richtig unterstützt. Im Verlaufe dieser sehr offenen und stark emotionalen Aussprache wurde jedoch von einigen Teilnehmern, zum

Teil in Polemik gegen die bewährten Prinzipien der Politik unserer Partei propagiert. Es wurden Thesen vertreten wie: Man kann ein Stück nicht von einer bestimmten politisch-ideologischen Position her analysieren. Ein Stück kann nur dann verstanden werden, wenn es von einem „neutralen Standpunkt“ aus betrachtet wird. Eine andere These: Ein Stück ist nur dann gut, wenn es provoziert, wobei das Provozieren zu aktiven Stellungnahmen gegen Verhältnisse in der DDR gedeutet wurde. In diesem Zusammenhang wurden von einem Gesprächsteilnehmer unverhüllte Angriffe gegen die Parteiführung gerichtet. Es wurden Auffassungen vertreten, die im Grunde genommen der Entpolitisierung und Entideologisierung der Kunst das Wort redeten und den revolutionären Klassenstandpunkt der Kunst ablehnten.

Die Aufführung des genannten Stückes von Tadeusz Rosewicz durch unsere Studentendebatte und einige andere Diskussionen machen aufmerksam auf das politische und ideologische Klima in der Studentendebatte, das man meines Erachtens recht schnell verändern muß.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf aufmerksam, daß der Gegner gegenwärtig stark bemüht ist, bestimmte ideologische Positionen bei uns zu erobern. Das kommt in einer ganzen Anzahl westdeutscher

Veröffentlichungen zum Ausdruck, die sich mit sogenannten psychologischen Problemen der inneren Aufweichung der DDR beschäftigen. Diesen Publikationen liegt die Einschätzung zu Grunde, daß die Autorität unserer Partei gewachsen ist und daß man schwerlich Veränderungen in der DDR herbeiführen kann, wenn Forderungen erhoben werden, die sich offen gegen die SED richten. In einer mir vorliegenden Veröffentlichung zu dieser Seite der Strategie und Taktik unseres Gegners heißt es beispielsweise: „Alle Hoffnungen, das SED-Regime werde sich mit Druck von außen oder innen oder beidem beseitigen lassen, haben getrogen. Druck oder gar Gewalt haben sich, wo sie überhaupt je angewandt wurden, als die untauglichsten Mittel erwiesen, den Kommunismus in der DDR zu bekämpfen.“ Der Autor dieser Arbeit, die insbesondere die politischen Auffassungen zahlreicher westdeutscher Intellektueller beeinflußt, schließt ein, daß die „gesamte Bevölkerung der DDR ... ein Stück nach links gerückt“ ist. Daraus ableitend schlußfolgert er, daß sich in der DDR sogenannte westliche Liberalisierungsforderungen, die gegen die politischen Machtverhältnisse in der DDR gerichtet sind, nur dann durchsetzen lassen, wenn es gelingt, einen Teil der Parteimitglieder für diese Politik zu gewinnen. „Da eine Hu-

## Gegen Versuche der Aufweichung wappnen

manisierung der DDR nicht gegen die SED durchzusetzen ist“, heißt es, „muß man es mit ihr versuchen.“ Zu diesem Zwecke formulierte man die These: „Die entscheidende Trennungslinie in der DDR verläuft nicht zwischen Partei und Bevölkerung, sondern innerhalb der Partei.“ Diese auf die Herabsetzung der Kampfkraft der SED, der schärfsten Waffe der deutschen Arbeiterklasse, gerichtete Politik ist illusorisch, da sie der Wirklichkeit widerspricht. Das darf uns aber nicht verzeihen, darüber hinwegzusehen, daß einige Genossen den auf die psychologisch-politische Aufweichung der DDR gerichteten Angriffen nur ungenügend gewappnet gegenüberstehen. Diese Genossen weisen in der Regel zwar den offenen Angriff auf unsere Republik und Partei leidenschaftlich zurück, aber noch in ungenügender Maße die Politik der psychologischen Aufweichung der DDR, deren imperialistischer Charakter in vielerlei Hinsicht aus taktischen Gründen getarnt ist. Der Grund dafür ist das Nichterkennen des Klassencharakters dieser Politik. Das verpflichtet uns, in dieser Hinsicht wachsam zu sein und unsere Genossen durch die Parteileitungen auf diese Seite der Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind besser vorzubereiten.

Kampfgeist und Masseneinfluß erhöhen!

Parteiaktiv!